

## **DAI: Jedem dritten Haushalt droht Altersarmut**

Bei der Altersvorsorge der Deutschen klaffen alarmierend große Lücken: Fast 60 Prozent aller deutschen Haushalte sorgen nicht genug für die Rente vor, fast jedem dritten droht Verarmung im Alter. Das ist das Ergebnis einer Studie, die das Deutsche Institut für Altersvorsorge (DIA) am Dienstag in Berlin vorstellte.

(...)

"Die Rentendauer wird insgesamt um etwa 40 Prozent unterschätzt", sagte der Experte Axel Börsch-Supan vom Mannheimer Forschungsinstitut für Ökonomie und demografischen Wandel, der die Studie im Auftrag des DIA erstellt hatte. Weil die Lebenserwartung in den kommenden Jahrzehnten deutlich steige - auf 81,6 Jahre für Männer und 87,4 Jahre für Frauen - verlängere sich die durchschnittliche Rentendauer auf 17,4 Jahre für Männer und sogar auf 24,2 Jahre für Frauen. Viele Bürger seien auf diese Entwicklung nicht vorbereitet, betonte Börsch-Supan. Für die Studie befragte das Mannheimer Institut 2500 Bürger.

In der Altersvorsorge klafften deshalb große Lücken: Den heute 40- bis 49-Jährigen würden im Alter geschätzte 215 Euro monatlich fehlen. Bei den 50- bis 59-Jährigen betrage die Rentenlücke 112 Euro und bei den über 60-Jährigen immerhin noch 61 Euro. Hintergrund ist, dass mit den Rentenreformen von 2001 und 2004 das gesetzliche Rentenniveau um rund 18 Prozent gesunken ist.

(...)

Für 59,2 Prozent aller Haushalte reiche daher das gesparte Vermögen nicht, um im Alter die Versorgungslücke zu füllen, sagte Börsch-Supan. Ein Drittel verfüge über gar kein Finanzvermögen und spare auch nichts. "Es sind insbesondere jene, die unbedingt sparen müssten und ungebremst in die Altersarmut laufen."

Zur Lösung schlägt das Institut schlägt ein Alternativmodell zur so genannten Entgeltumwandlung vor, mit der Arbeitnehmer Teile ihres Gehalts sozialabgabenfrei in eine betriebliche Altersvorsorge einzahlen können. Das DAI setzt auf einen psychologischen Anreiz: Danach sollen im Grundsatz alle Erwerbstätigen eine freiwillige betriebliche Altersvorsorge abschließen. Wer dies nicht will, soll sich explizit dagegen aussprechen. Heute müssen sich Erwerbstätige ausdrücklich für ein solches Modell entscheiden. Die Beteiligungsrate könne damit ähnlich wie in den USA auf rund 80 Prozent der Haushalte gesteigert werden, glaubt das DAI.

Zudem müsse die Politik die Menschen besser über die Lebenserwartung und die Rentenlücke aufklären, forderte DAI-Sprecher Bernd Katzenstein: "Es fehlt eine wirklich inflationsbereinigte Realrechnung. Das muss unbedingt erfolgen, damit die Leute das auch verstehen." Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi forderte unterdessen höhere Löhne, um die Rentenkassen zu füllen. Nur über einen "Klimawandel in der Lohndiskussion" könnten dauerhaft sichere Renten erreicht werden.

Der vollständige Artikel erschien am 2. August 2005 in der Agence France Presse.